



## Kritikermord

### *Paketbomben, Mordkommando, Integrationspreis*

Der Umgangston in der Zwischenkriegszeit lehre, so Österreichs Kanzler Kurz am 14. Oktober, wenn Extreme stärker und Zwiste brutaler werden, seien es erst Worte, alsdann Taten. So war es in Amerika zwölf Tage vor Wahlen, als Paketbomben bei linken Prominenten oder Medien wie Barack H. Obama, Hillary R. Clinton, John O. Brennan, James R. Clapper und CNN eintrafen; beim Milliardär George Soros, Schauspieler Robert De Niro, bei Joe R. Biden, Eric H. Holder, Maxin Waters, Cory A. Booker. Eines der zwölf Pakete trug ein Islamstaatlogo; wohl zur Ablenkung?



Nichts explodierte, am 26. Oktober wurde in Florida der Verdächtige Cesar Sayoc gefasst. Da er als Absender "Deborah Wasserman Schultz" angab, diese ein Paket "zurück" erhielt, ging es New York-Florida. Was er auch wollte, Demokraten erschienen vor Wahlen als Gewaltopfer. So Trump-Kritiker, die wie Waters aufrief, Opponenten in Gruppen offen zu bedrängen, oder wie Clinton, den zivilen Diskurs erst aufzunehmen, wenn Demokraten an der Macht sind. Terror verurteilte Präsident Trump im Weißen Haus bei seinem Gesetzakt zu Opioiden am 24. Oktober. Alle mögen sich vereinen: Drohungen und politische Gewalt gefährden Demokratie. Zwiste seien durch den Gang zur Wahlurne zu regeln.

Dass **Polarisierungen** seit 9/11 viele ergriff und zu politischer Kriminalität führte, erhellte der Anschlag beim Baseball auf Republikaner um Stephen J. Scalise im Juni 2017. Ein linker Aktivist, James Hodgkinson, schoss noch drei andere Personen an, ehe er getötet wurde. Ein bewaffneter Beamter und Ärzte retteten Scalise, der wieder im Kongress wirkt. Virginias Generalanwalt folgerte, dieser Angriff sei durch Raserei gegen die konservativen Gesetzgeber angetrieben worden. Es habe sich um einen Akt des Terrors gehandelt. (Je elf und 15 Fälle birgt eine Liste der seit 1827 getöteten und verwundeten Kongressmitglieder.)

### **Mord an Khashoggi**

Amerika erörtert den Fall des in Istanbul am 2. Oktober ermordeten saudischen **Dissidenten** Jamal Bin A. **Khashoggi**. Mehrfach änderte ar-Riyad die Story, er: habe das Konsulat verlassen (ein Double trat auf); er sei bei einem Handgemenge umgekommen; es war eine unautorisierte Akt; dann vorsätzlich geplante Tat. Am 24. Oktober sagte Kronprinz Muhammad Bin Salman vor Investoren, dies Verbrechen sei für jeden Saudi schmerzhaft, für jede Person auf der Welt, ein abscheuliches Verbrechen, durch nichts zu rechtfertigen. Er wirke, dass es nicht saudisch-türkische Beziehungen störe. Präsident Erdoğan kündigte mehr an.

Angeblich sei CIA-Direktorin Gina Haspel in der **Türkei** ein Audio vom Tod vorgespielt worden, die am 25. Oktober Präsident Trump ins Bild setzte. Am **Vortag** sprach er von der ärgsten Bemäntelung in der Geschichte von Vertuschungen. Wenn jemand verwickelt wäre, dann der Kronprinz, der dies ihm gegenüber verneinte, jedoch das Land leite. Außenminister Pompeo sagte, dass 21 Saudis die Visa entzogen wurden. Einige zählten zu den Geheimdiensten, Ministerien und zum Hof. Dies sei nicht das letzte Wort. Ein großer Kehraus um den Kronprinzen steht an mit der Frage, ob er es vorab gewusst hat. Einige im Kongress halten ihn für schuldig, so der Senator Bob **Corker**. Trump will den Kongress einbeziehen.

## Berliner Mittelostkurs

Der deutsche **Politologe** Volker Perthes meinte, selbst wenn es der Kronprinz nicht anordnete, scheinen hier seine engsten Mitarbeiter verwickelt zu sein. Wohl hofft Erdoğan, letzterer würde durch einen anderen Prinzen ersetzt, mithin die Beziehung verbessert werden.

Angela Merkel ließ es an Offenheit in ihrem **Telefonat** mit dem saudischen König Salman nicht missen. Am **25.** Oktober verurteilte sie auf das Schärfste die Tötung des Journalisten Khashoggi im saudischen Generalkonsulat Istanbul. Der genaue Tathergang müsste dringend aufgeklärt, eine rasche, transparente und glaubhafte Ermittlung sichergestellt und alle Verantwortlichen sollten zur Rechenschaft gezogen werden. Im Licht der Entwicklung des Falles stehe Deutschland bereit, zusammen mit internationalen Partnern angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Nachdem sie bereits am **20.** Oktober bisherige Angaben für unzureichend hielt, verwies sie damit sicherlich auf Berlin, Paris und London, die am **15.** Oktober meinten, die freie Presse und der Schutz von Journalisten zählten zu Kernprioritäten.

Überdies beklagte Merkel die äußerst besorgniserregende humanitäre Lage in **Jemen** und forderte Saudi-Arabien dazu auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, den Zugang für die humanitären Hilfsleistungen wirksam zu erleichtern. Seit ihrer Wiederwahl hat die Kanzlerin jetzt ihr unabhängige Stimme und ihren eigenständigeren Kurs zu **Mittelost** gefunden.

Abgesehen von ihren **Reden**, Deutschland könne nicht immer Nein sagen, sich heraushalten, erhärtet sie dies durch ihre Reise nach Istanbul am **27.** Oktober, wo sie die Präsidenten von Frankreich, Russland und der Türkei trifft. Sie behandeln die **Lage** in **Idlib** sowie die Umsetzung der Vereinbarung von Sotschi. Darüber hinaus wird auch der weitere Fortgang des Syrien-Prozesses unter der UN-Führung erörtert. Es geht auch darum, das Astana-Format zur UN hinzuzuführen und wie die Verfassungskommission für Syrien fortwirken kann.

## Preis an Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland & IsraAID Germany e.V.

Wieder gab es einen Anstieg des Zustroms von Migranten aus Afghanistan, Pakistan, Syrien, Irak, Bangladesch und afrikanischen Ländern in die Türkei. Angeblich warten auch an der iranischen Grenze anderthalb Millionen Menschen auf ihre Chance, dorthin zu kommen. Von daher, vor allem übers Meer, sollen nur im Oktober **4.000** Menschen nach dem griechischen Thessaloniki gegangen sein, wohin sie nahebei im Lager Idomeni eintreffen.

Foto BR Bergmann



Am **23.** Oktober leitete Merkel ein Treffen "Geflüchtete in Deutschland", wo sich dazu diverse Interessengruppen trafen. Zu Informationen über solche Geflüchteten und den Arbeitsmarkt zählten: Im Juli 2018 gingen rund 327.000 Geflüchtete außereuropäischer Herkunft einer Arbeit nach, zumeist sozialversicherungspflichtig. Im September 2018 waren in Deutschland 188.000 Flüchtlinge als arbeitslos registriert. Dank vieler **Integrationskurse** sei diese Zahl nicht gestiegen. Diese Kurse starteten 2005, 2017 nahmen 292.000 Menschen daran teil. Dieses Jahr kamen bisher 138.000 dazu, wohin Eltern ihre Kinder zum Lernen mitbringen können, da für die Kinderbetreuung gesorgt sei. Etwa 166.000 lernten gerade Deutsch, 25.000 seien in der betrieblichen Ausbildung. Der **2018** Integrationspreis geht an das Projekt "Brückenbau – Vielfalt begegnen!" der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und der Hilfsorganisation IsraAID Germany e.V. – diesen 29. Oktober.

Wolfgang G. Schwanitz